Der Magistrat
STADT GROSS-UMSTADT **Groß-Umstadt, den 27.06.2014**

Niederschrift

9. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 02.02.2012

Anwesend:

Stadtverordnetenvorsteher
Herr Karl Dörr

Stadtverordnete/r
Herr Gerhard Dubrau
Herr Jürgen Effenberger
Frau Katja Fischer
Frau Marina Glorius
Herr Christian Gradl
Frau Karin Hartmann
Herr Matthias Kreh
Herr Christian Kubela
Herr Andre Leers
Herr Klaus Mahr
Herr Karlheinz Müller
Herr Dieter Ohl
Herr Horst Schneberger
Herr Oliver Schröbel
Herr Dr. Jens Zimmermann
Herr Michael Engels
Herr Heiko Handschuh
Herr Harry Heb
Herr Norbert Knöll
Herr Alexander Pfau
Herr Peter Sekyra
Herr Karl Werner Storck
Herr Werner Beckenhaub
Herr Ernst-Ludwig Döring
Herr Karl-Heinz Dührig
Herr Mathias Horn
Herr Klaus Scheuermann

Herr Werner Eckhardt
Herr Christian Flöter
Herr Hans-Günter Göring
Herr Karl-Heinz Jung
Frau Christiane Roelle
Herr René Stieme
Herr Dr. Fritz Roth

Bürgermeister
Herr Joachim Ruppert

Magistrat
Herr Wilhelm Adams
Herr Dr. Klaus Dummel
Frau Ursula Münch
Herr Reinhold Ritter

Ausländerbeiratsvorsitzende
Frau Aysel Torun

Seniorenbeiratsvorsitzender
Herr Michael Dahrendorf

Schriftführerin
Frau Selina Funck
Frau Doris Mahler

Nicht anwesend:

Stadtverordnete/r

Herr Sven Blümlein	entschuldigt
Herr Dr. Jochen Ohl	entschuldigt

Erster Stadtrat

Herr Diethard Kerkau	entschuldigt

Magistrat

Herr Horst Engelhardt	entschuldigt
Herr Richard Fikar	entschuldigt
Frau Renate Filip	entschuldigt
Herr Alois Macht	entschuldigt

Beginn der Sitzung:	20:00 Uhr
Ende der Sitzung:	22:15 Uhr

Tagesordnung:

9. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 02.02.2012

Teil A

1. Mitteilungen des Stadtverordnetenvorstehers

2. Mitteilungen des Magistrates zur Stadtverordnetenversammlung am 2.2.2012

3. Einbringung der Haushaltssatzung für den Haushalt 2012 gem. § 97 Abs. 1 HGO

4. Antrag der FDP bzgl. Beauftragung des Revisionsamtes für weitere technische Prüfungen

5. Antrag der SPD-Fraktion vom 21.11.2011 „Sprachkompetenz stärken, Integration fördern – Sprach- und Integrationsförderung in Kindertagesstätten

6. Antrag der SPD-Fraktion vom 21.11.2011 „Marktanalyse zur Ermittlung des Wohnraumbedarfs in Groß-Umstadt“

7. Antrag der SPD-Fraktion vom 22.11.2011 „Familienfreundliche Kommune: Mehr Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren – Einrichtung eines Familienzentrums in Groß-Umstadt und Neubau an der Geiersbergschule“

8. Antrag der FDP bzgl. Verlegung der Kirchweih in der Kernstadt

9. Breitbandanbindung Groß-Umstadt

10. Anregungen und Mitteilungen

Teil B

11. Antrag der SPD-Fraktion vom 21.11.2011 „Aufbau eines Leerstandsmanagements für Wohn- und Gewerbeflächen in Groß-Umstadt“

12. Antrag der Fraktion B 90 / Die Grünen vom 30.09.2011 bzgl. „Bildungs- und Teilhabepaket für bedürftige Kinder im Kindergar-ten und in Krippen in Groß-Umstadt“

Stadtverordnetenvorsteher Dörr eröffnet die 9. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung und stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und dass Beschlussfähigkeit besteht.

Gegen die Protokolle der 7. Sitzung vom 01.12.2011 und der 8. Sitzung vom 16.12.2011 liegen keine Einwendungen vor.

Vor Eintritt in die Tagesordnung betragt Bürgermeister Ruppert den Punkt „Breitbandanbindung Groß-Umstadt“ als weiteren Tagesordnungspunkt (TOP 9) aufzunehmen. Der bisherige TOP 9 wird dann zu TOP 10.

Fraktionsvorsitzender Zimmermann teilt mit, dass der Antrag der SPD zur Thematik Sprachkompetenz stärken (TOP 5) zurückgezogen wird, da die Stadt Groß-Umstadt sich bereits an einem entsprechenden Förderprogramm beteiligt und der Antrag dadurch hinfällig wird.

Herr Schneberger, Vorsitzender des Haupt- und Finanzausschusses, teilt mit, dass der H+F empfiehlt, TOP 8 (FDP-Antrag „Verlegung der Kirchweih in der Kernstadt) von der Tagesordnung zu nehmen und stattdessen an den Ortsbeirat Umstadt zur Beratung zu überweisen. Hierzu erklärt der Stadtverordnetenvorsteher, dass in der Stadtverordnetenversammlung erst eine Aussprache über den Antrag erfolgen muss. Danach kann der Antrag an den Ortsbeirat zur Beratung überweisen werden. Daher bleibt dieser TOP bestehen.

Die geänderte Tagesordnung wird einvernehmlich angenommen.

Teil A

Zu TOP 1 Mitteilungen des Stadtverordnetenvorstehers

Stadtverordnetenvorsteher Dörr teilt mit, dass

- die Stadtverordneten Klaus Mahr und Werner Beckenhaub ihr Mandat in der Stadtverordnetenversammlung mit Wirkung zum 03.02.2012 niederlegen und dankt beiden für die gute Zusammenarbeit
- das evang. Dekanat Vorderer Odenwald zur Einweihung des Andachtsraumes im Darmstädter Schloss für den 10.02.2012, 18:00 Uhr eingeladen hat
- am 16.02.2012 ab 19:00 Uhr im Vereinsheim am Stadion das Krautwurstessen der Mandatsträger stattfindet und bittet die Fraktionsvorsitzenden darum, den Organisatoren die Teilnehmerzahl mitzuteilen.

Zu TOP 2 **Mitteilungen des Magistrates zur Stadtverordnetenversammlung am 2.2.2012**

Es wurden folgende Unterlagen ausgeteilt:

Der in der Betriebskommission beratene Entwurf des Wirtschaftsplanes der Stadtwerke
Eine Beantwortung der Anfragen der Grünen zum „Holzdiebstahl“
Eine Beantwortung der Anfragen von Hr. Dr. Roth zum „Pfälzer Schloss“
Die Genehmigung der Aufsicht zum Nachtragshaushalt 2010/ 2011

Inhalt der Mitteilung

Die Höhe der Kompensationsumlage wurde vorläufig festgesetzt. Dies bedeutet für Groß-Umstadt eine zusätzliche Belastung von 310.012,61 EUR in 2012.

Tag des Bürgers wurde festgelegt auf den 14.2.2012 um 19.00Uhr.

Die Neufassung der HGO liegt uns zwar noch nicht in Papierform aber digital vor. Sie wurde per eMail verteilt. Eine Auseinandersetzung mit den Neuerungen – so Vorschlag der Verwaltung - in einer der nächsten Haupt- und Finanzausschusssitzungen nach den Haushaltsberatungen stattfinden.

Die Voraussetzungen für Nutzung des Ratsinformationssystems außerhalb der Verwaltung sind vorbereitet. In der EDV-Infrastruktur sind allerdings noch Änderungen durchzuführen, die in den Haushaltsplanungen für 2012 enthalten sind. D.h., dass wir noch in diesem Jahr mit dem Ratsinformationssystem für die Mandatsträger produktiv gehen werden, vorbehaltlich der HH-Beratungen.

Es wurde bereits mitgeteilt, dass auf Seite des Landes Abstand genommen wurde von der Einführung wiederkehrender Straßenbeiträge als Alternative zu Straßenbeitragssatzungen „alter“ Struktur. Hier ging aktuell ein Schreiben des hessischen Städtetages ein. Hier heißt es klar „Nach Auskunft des Innenministers strebt dieser nach wie vor an, die Ermächtigungsgrundlage zur Erhebung wiederkehrender Straßenbeiträge in das KAG aufzunehmen.“ Insofern ist die Diskussion u.E. weiterhin offen.
Allerdings heißt es ebenso klar, dass in Defizitsituationen gilt, dass ein „weiterer Verzicht auf die Einführung von Straßenbeiträgen rechtlich nicht länger vertretbar“ sei.

Die Gastronomie der Stadthalle ist – abweichend vom gemeinsamen Vertrag – derzeit ohne öffentlichen Betrieb. Lediglich geschlossene Gesellschaften werden derzeit bedient. Der Pächter hatte bereits 2011 einmal signalisiert, ob der Magistrat ein solches Betriebsmodell mittragen würde. Dies wurde klar verneint und ein Betrieb mit neuen Regel-

öffnungszeiten und mit neuem Namen „Bocado“ geführt. Nunmehr hat der Pächter dieselbe Frage gestellt und offensichtlich einseitig umgesetzt. Der Magistrat besteht klar auf Vertragserfüllung, bietet aber Gespräche über Auflösung oder Fortführung des Vertrages an. Eine Fortführung in einem Betrieb ohne Regelöffnungszeiten ist allerdings nicht verhandelbar. Der aktuelle Vertrag liefe bis 2015.

Die Gersprenz hat den Umzug mit THW und weiteren Hilfsorganisationen auf den 17.3. terminiert. Es wird jetzt öfters nach Einweihungsterminen o.ä. gefragt. Eine offizielle Einweihung soll nach Inbetriebnahme stattfinden. Magistrat und Ortsvorsteher waren zu einem Besichtigungstermin eingeladen.
Der Bau befindet sich aktuell im beschlossenen Kostenrahmen.

Auf Initiative des Ortsbeirates Wiebelsbach läuft derzeit eine Umfrage zur u3-Betreuung in diesem Stadtteil.

Es gab Gespräche mit der DADINA bzgl. des Busverkehrs rund um das Krankenhaus. Die Positionen wurden dargelegt, Zählungen wurden durchgeführt. Änderungen und damit Reduzierungen gab durch Wegfall der Schnellbuslinie und einer weiteren, ungenutzten Fahrt im K-Linienbereich. Mit dem Wegfall der Schnellbuslinie sind vor allem die großen Gliederbusse betroffen, was eine deutliche Entlastung darstellt. Die DADINA hält den Bereich weiter im Blick und prüft Optimierungsmöglichkeiten.

Verwaltungsintern wird ein Modell zum Beitritt weiterer Kommunen zum gemeinsamen Wertstoffhof von Groß-Umstadt und Otzberg erarbeitet. Dies wird in Kürze interessierten Nachbarkommunen – insbesondere auch Dieburg – vorgestellt.

Es gibt seit einiger Zeit Gespräche zwischen Groß-Umstadt und Otzberg die interkommunale Zusammenarbeit, die es bereits in einigen Bereichen gibt, auszuweiten. Konkret wird aktuell die Diskussion um eine Erweiterung im umstadtbüro, um Serviceleistungen für Otzberger Bürger zu übernehmen und anzubieten.
Gleichzeitig wird auf Landkreisebene über die Schließung der KfZ-Zulassungsstelle in Dieburg nachgedacht mit der Konsequenz, dass die städtisch betriebenen Zulassungsstellen – dies beträfe dann hauptsächlich Groß-Umstadt – das Aufkommen abfangen.
Dies bedeutet, dass die Planungen für das neue umstadtbüro in der Georg-August-Zinn-Straße auf diese Situation anzupassen sind.
Geplant ist für April 2012 eine gemeinsame Sitzung der Gemeindevorstände und der Haupt- und Finanzausschüsse zur interkommunalen Zusammenarbeit beider Kommunen zu organisieren.

Zur Kenntnis genommen.

<u>Zu TOP 3</u> **Einbringung der Haushaltssatzung für den Haushalt 2012 gem. § 97 Abs. 1 HGO**

Bürgermeister Ruppert bringt den Haushaltplan 2012 in das Parlament ein und erläutert ausführlich die Eckdaten des Haushalts.

Beschluss:

Der Entwurf der Haushaltssatzung 2012 wurde vom Magistrat in dessen Sitzung am 30.01.2012 festgestellt und wird der Stadtverordnetenversammlung nebst Anlagen zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt.

Die im Entwurf vorliegende Haushaltssatzung wird zur Kenntnis genommen und an den Haupt- und Finanzausschuss zur vorbereitenden Beratung sowie an die Ortsbeiräte zur Stellungnahme im Rahmen ihres Anhörungsrechtes verwiesen.

<u>Abstimmungsergebnis:</u>

35 Jastimmen, - einstimmig –

<u>Zu TOP 4</u> **Antrag der FDP bzgl. Beauftragung des Revisionsamtes für weitere technische Prüfungen**

Zu dem Antrag der FDP wurde im H+F nach eingehender Diskussion ein Änderungsantrag formuliert, der nun zur Abstimmung ansteht.

Bürgermeister Ruppert erklärt hierzu folgendes:

Sollte sich das Revisionsamt dazu entscheiden, nur eine dieser Maßnahmen zu prüfen, dann hat das Projekt „Kindergartenneubau Semd“ eine höhere Priorität als die Sanierung des Pfälzer Schlosses.

<u>Beschluss:</u>

Die Stadtverordnetenversammlung schlägt dem Revisionsamtes des Landkreises für die nächste turnusmäßige technische Prüfung den Kindergarten-Neubau Semd und das Pfälzer Schloss vor.

<u>Abstimmungsergebnis:</u>

34 Jastimmen, 1 Neinstimme

Zu TOP 5 **Antrag der SPD-Fraktion vom 21.11.2011 „Sprachkompetenz stärken, Integration fördern – Sprach- und Integrationsförderung in Kindertagesstätten**

Der Antrag wurde zurückgezogen.

Zu TOP 6 **Antrag der SPD-Fraktion vom 21.11.2011 „Marktanalyse zur Ermittlung des Wohnraumbedarfs in Groß-Umstadt“**

Beschluss:

Als Grundlage für zukünftige Entscheidungen bei der Ausweisung neuer Bauflächen und für ein zielgerichtetes Leerstandsmanagement wird vom Magistrat eine Marktanalyse in Auftrag gegeben, die Aufschluss darüber gibt, welchen Wohnraumbedarf für welche Zielgruppe es in Groß-Umstadt in den nächsten 10-15 Jahren geben wird. Die Mittel sind im Haushalt 2012 bereitzustellen.

Abstimmungsergebnis:

20 Jastimmen, 12 Neinstimmen, 3 Enthaltungen

Zu TOP 7 **Antrag der SPD-Fraktion vom 22.11.2011 „Familienfreundliche Kommune: Mehr Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren – Einrichtung eines Familienzentrums in Groß-Umstadt und Neubau an der Geiersbergschule“**

Beschluss:

In der Kindertagesstätte „Haus der Kinder“ werden zusätzliche Plätze in Gruppenstärke für Kinder unter drei Jahren geschaffen.

Die Kindertagesstätte KIZ Pestalozzischule wird zur zentralen Anlaufstelle für Familien - einem Familienzentrum weiterentwickelt. Dessen besondere unterstützende Familiendienstleistungen sind am spezifischen Groß-Umstädter Bedarf zu orientieren.

Der Magistrat wird beauftragt Verhandlungen mit allen Beteiligten zu führen mit dem Ziel des Neubaus einer Kindertagesstätte an der Geiersbergschule.

Die Beibehaltung der Kindergärten in den Stadtteilen gilt weiterhin als wichtiger Bestandteil der dortigen Infrastruktur. Hier sollen alle Maßnahmen in Erwägung gezogen werden, die den Fortbestand/die Auslastung des jeweiligen Kindergartens fördern.

Abstimmungsergebnis:

Zu Abs. 1 des Antrages:

28 Jastimmen, 7 Neinstimmen

Zu Abs. 2 des Antrages:

28 Jastimmen, 7 Neinstimmen

Zu Abs. 3 des Antrages:

35 Jastimmen – einstimmig -

Zu Abs. 4 des Antrages:

34 Jastimmen, 1 Enthaltung

Zu TOP 8 **Antrag der FDP bzgl. Verlegung der Kirchweih in der Kernstadt**

Beschluss:

Der Antrag wird zur Beratung und endgültigen Beschlussfassung an den Ortsbeirat Umstadt überwiesen.

Der Ortsbeirat hat mit allen Beteiligten (Kirchen, Gastronomie, Winzergenossenschaft, Ortsgewerbeverein) entsprechende Gespräche zu führen.

Abstimmungsergebnis:

34 Jastimmen, 1 Enthaltung

Zu TOP 9 **Breitbandanbindung Groß-Umstadt**

Beschluss:

Zur Sicherung des schnellen Fortschritts möge die Stadtverordnetenversammlung beschließen:

1. Der Magistrat wird mit dem Abschluss einer Arbeitsgemeinschaft/ Öffentlich Rechtlichen Vereinbarung mit den beteiligten Gemeinden im Projekt „Breitbandausbau im Landkreis-Darmstadt-Dieburg“ und zur Bestätigung der federführenden

Gemeinde oder des Landkreises beauftragt.

2. Der Magistrat wird mit der schnellstmöglichen Abwicklung des Verfahrens bis zum Vorliegen der ausgewerteten Angebote beauftragt.

3. Der Magistrat wird mit der Vorlage des ausgewählten Angebotes zur endgültigen Freigabe durch die Stadtverordnetenversammlung beauftragt.

4. Der Magistrat erstattet regelmäßigen Bericht an die Stadtverordnetenversammlung.

Abstimmungsergebnis:

35 Jastimmen – einstimmig -

Zu TOP 10 **Anregungen und Mitteilungen**

Stadtverordneter Horn fragt an, warum das Schreiben des Ortsbeirates Umstadt an die Hundebesitzer nicht mit den Steuerbescheiden verschickt wurde,

Bürgermeister Ruppert erklärt hierzu, dass die Steuerbescheide schon im Druck waren und von der Druckerei auch kuvertiert wurden, als das Schreiben bei der Stadt einging. Durch diese Überschneidung war es nicht möglich, das Schreiben den Bescheiden beizufügen.

Stadtverordneter Dr. Roth bittet den Magistrat darum, noch einmal zu prüfen, ob die Kindergartensatzung gültig ist, da die Veröffentlichung der Satzung ohne die Präambel erfolgte.

Karl Dörr
Stadtverordnetenvorsteher

Doris Reichenberger
Schriftführerin